

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 28.09.2021:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.1.	Niederschrift über die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.05.2021	Anerkannt	
2.	Bestellung einer Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss	23/2021	Einstimmig
3.	Jahresbericht der Erziehungs- und Familienberatungsstelle		
4.	Kindertagesbetreuung		
4.1.	Förderung eines neuen Familienzentrums	24/2021	Einstimmig
4.2.	Investive Förderung des Kita-Ausbaus aus Kreismitteln in Windeck	25/2021	Einstimmig
4.3.	Hochwasserkatastrophe - Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung		

5.	Willkommensbesuche - Beauftragung eines freien Trägers der Jugendhilfe für die Durchführung in den rechtsrheinischen Gemeinden	26/2021	Einstimmig
6.	Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 13.08.2021 ob es Fälle im Verantwortungsbereich des Kreisjugendamtes gibt, in denen Dr. Winterhoff involviert ist oder war		
7.	Mitteilungen und Anfragen		
7.1.	SGB VIII-Reform		
	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
8.	Mitteilungen und Anfragen		

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die gefassten Beschlüsse in der 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 28.09.2021:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:03 Uhr  
**Ort der Sitzung:** Raum Sieg/Agger  
**Datum der Einladung:** 20.09.2021  
**Einladungsnachtrag vom:**

### **Anwesende Mitglieder:**

#### Kreistagsfraktion CDU

Frau Brigitte Donie  
Herr Christoph Fiévet  
Frau Notburga Kunert

#### Kreistagsfraktion GRÜNE

Frau Pauline Gödecke  
Herr Wolfgang Haacke                      Vertretung für Frau Nina Droppelmann

#### Kreistagsfraktion SPD

Frau Nicole Männig-Güney  
Herr Tobias Leuning

#### Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Hans-Jürgen Parpart

#### Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Frau Renate Frohnhöfer                      Vertretung für Herrn Hinrich Kramme

Träger der freien Jugendhilfe

Frau Anne Bergheim-Mersch Vertretung für Herrn Stefan Langerbeins

Frau Britta Busch

Frau Sybille Friedhofen Vertretung für Frau Martina Felber

Herr Hans-Josef Königsfeld

Frau Ute Vogt

Herr Maximilian Wiemer

Beratend: Kreistagsfraktion DIE LINKE

Herr Frank Kemper

Beratend: Polizei

Herr Michael Kröll Vertretung für Herrn Jörg Seeger

Schriftführer/in

Frau Birgit Wennmacher

Vertreter/innen der VerwaltungHerr Thomas WagnerFrau Beate SchlichFrau Heike WierichsHerr Reiner Delling**Entschuldigt fehlten:**Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Nina Droppelmann

Träger der freien Jugendhilfe

Frau Martina Felber

Beratend: Schule

Frau Cornelia Löbach

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

1	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
---	--	--

Die Vorsitzende eröffnete die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßte die Anwesenden.

Sie erklärte, dass Frau Friedhofen noch nicht verpflichtet sei und nahm im Anschluss die Verpflichtung von Frau Friedhofen vor.

Die Vorsitzende stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und dass der Ausschuss beschlussfähig sei.

1.1	Niederschrift über die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.05.2021	
-----	--	--

Anmerkungen zur Niederschrift gab es nicht. Die Niederschrift wurde anerkannt.

2	Bestellung einer Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss	
---	---	--

Ohne Aussprache fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr. 23/2021 Der Jugendhilfeausschuss bestellt Frau Birgit Wennmacher zur Schriftführerin des Jugendhilfeausschusses.

Abst.-  
Erg.: Einstimmig

3	Jahresbericht der Erziehungs- und Familienberatungsstelle	
---	---	--

Die Vorsitzende begrüßte den Leiter der Psychologischen Beratungsdienste

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

des Rhein-Sieg-Kreises Herrn Volker Neuhaus, der im Rahmen einer Präsentation die Arbeit und den Jahresbericht der Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Rhein-Sieg-Kreises vorstellte.

Während und im Anschluss des Vortrags stand Herr Neuhaus dem Jugendhilfeausschuss für Fragen zur Verfügung. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

4	Kindertagesbetreuung	
---	----------------------	--

4.1	Förderung eines neuen Familienzentrums	
-----	--	--

Ohne weitere Aussprache fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr. Der Jugendhilfeausschuss beschließt das neuzugewiesene Kontingent  
24/2021 2021/2022 für den Aufbau eines Familienzentrums an die neue Kindertageseinrichtung, Sonnenberg' in Windeck-Obernau zu vergeben. Träger der Kindertageseinrichtung ist die Gemeinde Windeck.

Abst.-  
Erg.: Einstimmig

4.2	Investive Förderung des Kita-Ausbaus aus Kreismitteln in Windeck	
-----	--	--

Ohne Aussprache fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr. Der Jugendhilfeausschuss beschließt entsprechend dem Votum der Bürgermeister\*innen die Übernahme der Kosten der nachstehenden investiven Einzelmaßnahme für den Kindergartenausbau mit der Maßgabe, dass nach Möglichkeit Einsparungen erfolgen sollen:

4 - gruppiger Kindergartenneubau der Kita „Sonnenberg“ in Windeck-Obernau (Träger: Gemeinde Windeck) mit einem Gesamtkostenvolumen von 3.576.820,41 € bzw. einem Volumen von 894.205,10 € je Gruppe

Der Kreisanteil der Maßnahme kann aus den etatisierten, investiven Mitteln gedeckt werden.

Abst.-

Erg.:

Einstimmig.

4.3

Hochwasserkatastrophe - Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung

Frau Schlich ergänzte den Sachstandsbericht Hochwasserkatastrophe Kindertagesbetreuung um weitere Informationen, da diese zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts noch nicht vorlagen.

Frau Schlich führte aus, dass in der Kita Quellenstraße seit vergangener Woche ein Containerprovisorium aufgebaut sei, das ab Mitte Oktober in Betrieb genommen werde, sodass dann alle Kinder vor Ort wieder betreut werden könnten. Ab 18. Oktober sollten sukzessive die neuen Kinder aufgenommen werden, sodass zu hoffen sei, dass im November wieder ein Normalbetrieb in dem Containerprovisorium stattfinden werde. Derzeit würden Kinder noch in den Räumen der Kita Maria Magdalena in Heimerzheim und in einer ausgelagerten Gruppe in der Pfarrscheune in Ollheim betreut.

Frau Schlich teilte mit, dass es sich bei dem jetzt genutzten Grundstück nach Auskunft von Ortskundigen um den ungefähr tiefsten Punkt in Swisttal handele, sodass damit zu rechnen sei, dass bei einem nächsten Hochwasserereignis die Kita wieder unter Wasser stünde. Jetzt war bereits das zweite Ereignis dieser Art, allerdings war es bei dem ersten Mal nicht so dramatisch wie dieses Mal. Das Kreisjugendamt ist gemeinsam mit der Gemeinde und dem Trägerverein bezüglich eines Neubaus der Kita auf einem anderen Grundstück im Gespräch. Es stehe ein Grundstück der Gemeinde in Kammerfeld in Rede. In der vergangenen Woche habe die Elternversammlung der Kita den Beschluss gefasst, die Kita an anderer Stelle, außerhalb eines hochwasserkritischen Bereichs, neu zu bauen.

Darüber hinaus teilte Frau Schlich mit, dass die Kosten für den Bau der Container in Höhe von ca. 600.000 € durch Stiftungsmittel der RTL-Stiftung finanziert wurde. Seitens der Träger wurde bestätigt, dass die Kommunikation mit der Bauaufsicht im Hause reibungslos und unkompliziert und damit schnell funktioniert habe. Auch den enormen Einsatz der Träger bei der

Beseitigung der Flutschäden und der Schaffung von neuen Lösungen hob Frau Schlich hervor.

Frau Kunert ergreift für den gesamten Jugendhilfeausschuss die Gelegenheit und bedankt sich bei allen, die nach der Flutkatastrophe so schnell reagiert und sich so eingebracht haben. Sie bedankt sich auch im Namen des Jugendhilfeausschusses bei allen Pädagogen, Erzieherinnen und Eltern sowie bei der Verwaltung für alles, was geleistet wurde.

Herr Leuning schließt sich den Worten von Frau Kunert an. Er sei als Swisttaler Kreistagsabgeordneter in Heimerzheim selbst mit 2 Kitas betroffen. Alles hat aus seiner Sicht sehr gut geklappt. Er höre von allen Seiten, die Zusammenarbeit aller Akteure wäre sehr gut gewesen. Dies sei nicht selbstverständlich. In anderen Bereichen, z.B. bei den Schulen sei dies nicht immer der Fall. Insbesondere für Familien sei es ein gravierendes Thema, wenn die Häuser kaputt seien und man sich neben dem Job, Wiederaufbau und Beseitigung der Hochwasserschäden noch um die Kinderbetreuung sorgen müsse. Er spricht seinen Dank hierfür aus.

Verbunden hiermit bittet er um Klärung wie die Abwicklung des Neubaus der Kita Quellenstraße erfolgen werde. Sein Sachstand hierzu sei ebenfalls, dass ein Neubau auf gemeindeeigenem Grundstück geplant sei. Unklar sei für ihn, wer Bauherr werde und ob es ein kommunales Gebäude werde. Er bittet auch darum, dass seitens des Kreisjugendamtes weiterhin eine tatkräftige und offene Unterstützung der Elterninitiative erfolge. Er halte 2 Jahre für einen ambitionierten Zeitplan zur Errichtung einer Kita. Unzählige Anträge, Genehmigungen und Geld seien erforderlich. Die Gemeindeverwaltung und Elterninitiative würden die Unterstützung des Kreisjugendamtes brauchen.

Frau Schlich sagte, dass es der Anspruch an das Jugendamt selbst sei, gut zu arbeiten, die Kinder, Kitas, Trägern, Erzieherinnen und Erzieherinnen und Eltern zu unterstützen und natürlich werde dies weiterhin so gemacht. Nach ihrem Kenntnisstand solle der Träger auch Bauherr sein. Frau Bürgermeisterin Kalkbrenner habe sich letzte Woche im Ausschuss in Swisttal dahingehend geäußert, dass eine Grundstücksübertragung im Rahmen von Erbpacht eine Lösung sein könnte, sodass der Elternverein dann wieder Eigentümer des Gebäudes würde. Der Elternverein ist auch der Empfänger der Versicherungsleistungen. Sofern diese Leistungen nicht ausreichen würden, müssten ggfs. weitere öffentliche Mittel eingesetzt werden.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Frau Donie als Betroffene der Gemeinde Swisttal stimmte Herrn Leuning im Punkt der guten Zusammenarbeit mit den Elterninitiativen, dem Kreisjugendamt und der anderen beteiligten Abteilungen in dieser Situation zu und schloss sich dem Dank an.

5	Willkommensbesuche - Beauftragung eines freien Trägers der Jugendhilfe für die Durchführung in den rechtsrheinischen Gemeinden	
---	--	--

Frau Kunert wies darauf hin, dass Mitarbeitende oder Ehrenamtler\*innen des SKF wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnehmen dürften. Der Jugendhilfeausschuss fasste im Anschluss folgenden Beschluss:

B.-Nr. 26/2021 Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Beauftragung des Jugendhilfeträgers Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF), Bonn und Rhein-Sieg-Kreis ab Oktober 2021 mit der Durchführung von Willkommensbesuchen in Familien mit Neugeborenen in den rechtsrheinischen Gemeinden Eitorf, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Ruppichteroth und Windeck für das Kreisjugendamt nebst Ausgabe des Elternbegleitbuches.

Abst.-  
Erg.: Einstimmig (Frau Vogt des SkF nahm nicht an der Abstimmung teil)

6	Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 13.08.2021 ob es Fälle im Verantwortungsbereich des Kreisjugendamtes gibt, in denen Dr. Winterhoff involviert ist oder war	
---	--	--

Herr Kemper bedankte sich für die umfassende Beantwortung der Anfrage und erklärte, sein Vertrauen würde durch die Antwort des Jugendamtes gestärkt, da aus dem Antwortschreiben hervorgehe, dass das Jugendamt in dieser Hinsicht bereits aktiv geworden sei. Er bat um Auskunft, ob bei den einzelnen Fällen in denen Herr Dr. Winterhoff Kinder betreut hat, bekannt sei, ob auffallend gleiche Diagnosen gestellt worden seien und ob es Hinweise darauf gäbe, dass die hier betroffenen Kinder schnell und möglicherweise fehlerhaft behandelt worden seien. Denn einer der Vorwürfe ge-

gen Herrn Dr. Winterhoff sei gewesen, dass standardmäßig immer wieder die gleichen Diagnosen gestellt worden wären. Herr Kemper bezog sich im Weiteren auf das Antwortschreiben der Verwaltung, wonach in den Fällen in denen Dr. Winterhoff als behandelnder Arzt eingesetzt sei, eine zweite Meinung eingeholt werden solle. Er fragte nach, wie in diesem Fall weiter verfahren werde.

Frau Schlich teilte mit, dass sie zu dem Thema gleiche Diagnosen keine dezidierte Antwort geben könne, da es nur noch ganz wenige Fälle, allerdings bei unterschiedlichen Sachgebieten gäbe, in denen Herr Dr. Winterhoff involviert sei. Das Kreisjugendamt schaue sich die Fälle aber genau an. Sollten bei der Zweitmeinung Zweifel aufkommen, würde man sich hinsichtlich der Behandlung neu entscheiden. Sie verwies darauf, dass weder sie noch die Mitarbeitenden Mediziner seien. Bei einem Arztbesuch habe man zunächst ein Recht auf eine ordentliche medizinische Behandlung und würde auf diese erst einmal vertrauen, dass alles seine Ordnung habe. Das Kreisjugendamt schaue aber genau hin. Vor ein paar Wochen hätte z. B. ein Vormund des Rhein-Sieg-Kreises bei einem in einer Einrichtung untergebrachten Kind der Behandlung durch Herrn Dr. Winterhoff nicht zugestimmt.

Inzwischen ist im Jugendamt ein weiterer Bericht des MKFFI zu den Vorgängen eingetroffen, der der Niederschrift beigelegt wird.

Herr Leuning bedankte sich im Namen seiner Fraktion für die ausführliche Antwort des Kreisjugendamtes und den Bericht des MKFFI. Aus seiner Sicht sei nachvollziehbar, dass auch die Fachkräfte des Kreisjugendamtes dem behandelnden Arzt erst einmal das Vertrauen schenken würden, um agieren zu können. Dennoch möchte er prüfen, wie man Eltern, Betreuer\*innen, Fachkräfte und Mitarbeitende des Jugendamtes für das Thema sensibilisieren könne, zum Beispiel mit Beratungsangeboten. Er schlug vor, dass das Kreisjugendamt einen Fachtag zu diesem Thema organisiere und dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung Vorschläge mache, ob und wie ggf. Schutzkonzepte angepasst werden könnten.

Herr Wagner bat für die Verwaltung um möglichst schriftliche Konkretisierung der beiden Vorschläge, da ihm noch unklar sei, mit welchem Rahmenbedingungen und mit welchen Fragstellungen die Aufträge verbunden sind. Er verwies nochmals auf die schriftlichen und mündlichen Erläuterungen von Frau Schlich. Herr Wagner führte erneut aus, dass man bisher auf Herrn Dr. Winterhoff als Mediziner vertraut hat und dass nun, nachdem es

unter Umständen zu Unregelmäßigkeiten gekommen sei, das Einholen einer Zweitmeinung veranlasst wurde. Dies sei quasi ein Schutzkonzept, das man für die betroffenen Kinder entwickelt habe.

7

Mitteilungen und Anfragen

7.1

SGB VIII-Reform

Frau Männig-Güney erkundigte sich, welche Auswirkungen die SGB VIII Reform auf die Ausschussarbeit habe und welche Auswirkungen sich hieraus auf die Organisation des Jugendamtes ergäben.

Frau Schlich teilte mit, dass sich größere Auswirkungen auf die Organisation ergeben werden, wenn die sogenannte große Lösung in Kraft träte. Dann würden die Jugendämter für alles zuständig sein, was Kinder zwischen 0 und 18 Jahren betreffe. Auch bei allen Aufgaben, die Kinder und Jugendliche mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen betreffen, die derzeit noch in der Zuständigkeit der Sozialämter wahrgenommen würden. Das bedeute, dass eine ganze Aufgabenpalette und mehr Mitarbeitende hinzukämen und das Jugendamt zusätzliche Finanzmittel benötigen werde. Dazu werde es allerdings noch weiterer gesetzlicher Änderungen bedürfen. Diese Änderung sei für 2027/2028 geplant. Zuvor soll es sogenannte Ombudsstellen in den Jugendämtern geben, die die Menschen beraten und auf die Änderungen vorbereiten.

Verbessert habe sich zudem der Kinder- und Jugendschutz. Es gibt klarere Ansprüche auf Hilfen für junge Volljährige, die länger und intensiver begleitet werden können. Neu hinzu kommen die gemeinsamen Wohnformen für Eltern und Kinder. Schlussendlich verbessern sich die Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche.

#### Verschiedenes

Frau Schlich ergänzte, dass dem Jugendamt Mittel für „Aufholen nach Corona“ im Bereich Frühe Hilfen und im Bereich Offene Kinder –und Jugendarbeit vom Land zugewiesen werden. Zurzeit stehe die Mittelverwen-

dung noch nicht konkret fest. Das Jugendamt ist hier auch im Gespräch mit den in den Bereichen tätigen Trägern. Frau Schlich geht davon aus, dass bei der nächsten Sitzung mehr Informationen vorlägen.

In diesem Zusammenhang teilte Frau Schlich mit, dass sich, wie sie bereits in der vergangenen Ausschusssitzung gesagt habe, die Fallzahl der erzieherischen Hilfen nach Corona erhöhe. Es kommen vermehrt Kindeswohlgefährdungsmeldungen bei den Jugendhilfezentren an, die Handlungsbedarfe nach sich ziehen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schloss die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Ende des öffentlichen Teils**

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.09.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

### Nichtöffentlicher Teil

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Es lagen keine Wortmeldungen vor. Die Vorsitzende schloss die Sitzung.

gez.

Notburga Kunert

Vorsitzende

gez.

Birgit Wennmacher

Schriftführerin